



Julia Klöckner
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 0 30/22 7-7 07 00 - Fax: 0 30/22 7-7 67 01
www.julia-kloeckner.de - E-Mail: julia.kloeckner@bundestag.de

Jobcenter müssen ungestört arbeiten können

- Zusammenarbeit von Bund und Kommunen sichern
- Grundgesetzänderung unter Bedingungen möglich

Über die Zukunft der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) wird heftig diskutiert. Die CDU-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Julia Klöckner spricht sich dabei für eine Grundgesetzänderung mit Bedingungen aus, um eine weitere Zusammenarbeit von Bund und Kommunen zu ermöglichen. „Die ARGEn bieten eine Betreuung aus einer Hand. Das spart nicht nur Verwaltungsaufwand, sondern ist auch eine große Erleichterung für die Bürger. Dieses bewährte Modell sollte daher beibehalten werden“, betont Klöckner.

In den ARGEn überschneiden sich die Zuständigkeiten von Bund und Kommunen bei der Betreuung von Hartz-IV-Empfängern und Langzeitarbeitslosen. 2007 hatten die Karlsruher Verfassungsrichter geurteilt, dass diese Mischform teilweise gegen das Grundgesetz verstoße. Bis 2011 soll daher hier eine neue Regelung gefunden werden.

Die von CDU und CSU angestrebte Grundgesetzänderung bietet die Chance, die Hilfe optimal an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten. „Wir hoffen sehr, dass sich nun auch die SPD konstruktiv und zielorientiert in diesen Prozess einbringen wird. Neue Herausforderungen sollten auch dort zu neuem und vor allem zu pragmatischem Denken und Handeln führen“, so die Unionspolitikerin.

Julia Klöckner plädiert weiterhin für eine Wahlfreiheit der Kommunen. „Die Kommunen sollten die Möglichkeit erhalten, selbst zu entscheiden, ob sie optieren möchten oder nicht. Wichtig ist, dass es bald zu einer Klärung kommt, damit die ARGEn und die Mitarbeiter wissen, wie es am 1.1.2011 weitergeht. Entscheidend für die Wahl der Organisationsform sollte dabei stets das optimale Ergebnis zum Wohl der

PRESSEMITTEILUNG

Menschen vor Ort sein ", betont die Politikerin, die selbst Mitglied im Kreistag Bad Kreuznach ist. Den SPD-Vorschlag, der 370 neue Einzelbehörden und damit 370 neue Einzelhaushalte vorsieht, die jeweils neu genehmigt werden müssten, lehnt sie kategorisch ab. „Deshalb geht es nicht um die Frage, ob wir das Grundgesetz ändern oder nicht, sondern darum, welche Bedingungen und Vorstellungen daran geknüpft sind. So wie die SPD sich das vorstellt, geht es nicht. Eine moderate Ausweitung der Optionskommunenzahl ist zu wenig, die Begrenzung muss aufgehoben werden", so die CDU-Bundestagsabgeordnete.